

Nach Streit folgt jetzt Versöhnung

Hochwasserschutz in Braubach: Offene Fragen bei Ratssitzung geklärt

Alle Streitigkeiten um die Baustelle Hochwasserschutz Braubach Neustadt sind geklärt. Alles bestens also?! Das jedenfalls war das Ergebnis, der mit Spannung erwarteten öffentlichen Stadtratssitzung in Braubach, in deren Rahmen die Bürger auf alle offenen Fragen Auskunft über alle Details zur Baustelle erhalten sollten. Und sie erhielten Antworten.

BRAUBACH. Die guten Nachrichten vorweg: Der Streit beim Bau des Hochwasserschutzes ist beigelegt, der drohende Baustopp kein Thema mehr, und alle Bodenbelastungen liegen im Rahmen der vorgeschriebenen Grenzwerte. Jetzt freuen sich alle Beteiligten auf das 7,5-Millionen-Projekt, das - so die Auskunft der Verantwortlichen - noch in diesem Jahr Braubachs Neustadt vor möglichem Hochwasser schützen soll. Ein Ende ist also in Sicht.

Harmonisch und einmütig verlief die Versammlung, zu der so mancher nach dem Aufruf in den vergangenen Wochen (die RLZ berichtete mehrfach) eine größere Bürgerbeteiligung erwartet hätte. Rund 20 Einwohner waren gekommen, drei stellten Fragen.

Wie froh Braubach ist, nach langen Jahren der Vorbereitung endlich den zweiten Bauabschnitt des Hochwasserschutzes für Braubach verwirklicht zu sehen, sagte Stadtbürgermeisterin Rita Wolf einleitend. Dafür nehme man auch einige Unwägbarkeiten in Kauf, und wenn es

Probleme gebe, sei die Stadt Braubach bereit, darüber zu reden und sie zu lösen. „In der Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Nord hätten wir immer einen fairen Partner“, sagte Wolf und gab das Wort weiter an Hans-Joachim Schalm, den Leiter der Regionalstelle Montabaur.

Schalm und seine Kollegen Ernst-Dieter Kutschera, der Bauleiter des Projekts, und Wolfgang Beck, bei der SGD Fachmann für Baurecht und Bodenverunreinigung, standen Rede und Antwort. Es habe auf der Baustelle nicht alltägliche Probleme gegeben, räumte Schalm ein. Zum Beispiel die aufgetretene Bodenbelastung, wie sie so nicht erwartet worden und auch in Kartierungen nicht vorhanden war. Eine genaue vorherige Untersuchung des Bodens hätte unverhältnismäßig hohe Kosten verursacht. Gemeinsam mit der Firma Budau, die den Bau ausführt, habe man zum Schutz der Arbeiter auf der Baustelle und der Anwohner in Braubach ein Konzept erstellt, das belastete Material zu entsorgen.

Ob die - so wörtlich - „Bodengütebombe“ damit entschärft ist, wollte Heinz Scholl, Vorsitzender der Hochwassersernotgemeinschaft, wissen. Ausführliche Antwort gab es vom Fachmann Wolfgang Beck: Bodenbelastungen traten dort auf, wo in der Vergangenheit Schlacke abgelagert worden war, und im Bereich der ehemaligen Kleinbahn. Dort, wo Bodenaushub angefallen ist, haben wir ihn

analysiert und einen Großteil nach Singhofen auf die Deponie gebracht“, sagte Beck.

Aber nicht nur der Aushub, auch der Oberboden sei analysiert worden. „Auch er ist belastet. Aber das ist in ganz Braubach so.“ Dies liege zum einen daran, dass das Rheinvorland über Jahrhunderte vom Fluss angeschwemmt wurde, zum anderen an der Staubbelastung durch die ehemalige Blei- und Silberhütte in Braubach. „Der Boden in Braubach ist nicht unbelastet“, so Beck, „aber die Grenzwerte sind eingehalten.“ Der Boden könne somit uneingeschränkt genutzt werden, und es bestehe auch kein Grund, ihn nicht wieder einzubauen. „Aus unserer Sicht“, so Beck's Resümee, „wird es wegen Bodenbelastungen keine Bauverzögerungen mehr geben.“

Versöhnen wollte auch Bürgermeister Werner Groß, der an der Seite der Stadtbürgermeisterin riet, mit dem in den vergangenen Wochen viel verwendeten Begriff „Schuld“ sparsamer umzugehen. „Wir sollten vielmehr gemeinsam nach Lösungen suchen und uns vor Augen halten, was Land und Stadt zum Wohl der Bürger investieren.“

Das Resümee des Abends oblag der Stadtchefin, die feststellte: „Ich bin der Auffassung, wir blicken jetzt nach vorne und erwarten, dass es vorangeht. Die Bürger der Stadt Braubach stehen der Baumaßnahme positiv gegenüber.“ Karin Kling